Editorial

Karin Lohr

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2016

Die Beiträge des Heftes präsentieren eine Vielfalt von soziologischen Fragestellungen, theoretischen Zugängen und empirischen Befunden. Es werden sehr aktuelle Phänomene wie die Flüchtlingspolitik aufgegriffen, aber auch neue Facetten zu bereits viel und kontrovers diskutierten soziologischen Themen hinzugefügt. So greifen die Aufsätze zur Bildungsungleichheit und sozialen Selektivität im Bildungssystem, zur (ungleichen) Entwicklung europäischer Staaten, zur Funktionsweise von und zu aktuellen Entwicklungen auf den Finanzmärkten und zur Rezeption Max Webers offene Fragen auf und widmen sich neuen, bisher unerforschten Aspekten der jeweiligen Untersuchungsgegenstände, die einer soziologischen Aufklärung bedürfen. Die thematische Bandbreite der Beiträge dieser Ausgabe wird begleitet von einer Pluralität theoretischer Zugänge. Dadurch wird einmal mehr bestätigt, dass durch den kritischen Rückgriff auf Bekanntes, aber auch in Anlehnung an und in Auseinandersetzung mit Theorien aus den Nachbardisziplinen interessante analytische Zugänge gewonnen werden können, die einen hohen Erklärungswert haben und die soziologische Theorieentwicklung befördern. In diesem Heft dominieren vor allem institutionen- und akteurstheoretische Ansätze. Auch wenn kaum ein verbindender „roter Faden“ zwischen den Beiträgen des themenoffenen Heftes zu erkennen ist, bieten die einzelnen Aufsätze interessante Ansatzpunkte für weiterführende Forschungen.

Angesichts der gegenwärtigen politischen und öffentlichen Diskussion nicht nur zum Umgang mit Flüchtlingen und deren Integration, sondern auch zur Steuerung und Begrenzung des Flüchtlingsstroms sowie zur Verteilung von Flüchtlingen in Europa ist der Beitrag von Lena Laube und Andreas Müller hochaktuell. Die Autoren diagnostizieren eine „Exterritorialisierung der Migrationskontrolle“, die bereits vor

K. Lohr (✉)
Berlin, Deutschland
E-Mail: karin.lohr@sowi.hu-berlin.de

dem Anwachsen der Flüchtlingszahlen im vergangenen Jahr das Ergebnis diverser Abkommen (z. B. mit nordafrikanischen Staaten oder mit Herkunfts- und Transitländern) und Vereinbarungen auch mit privaten Institutionen ist. Es werden also andere Akteure als die internen Migrationsbehörden der europäischen Staaten mit der Kontrolle von Zuwanderung beauftragt, um die eigenen und europäischen Grenzen zu sichern und die Zuwanderung zu kontrollieren. Die Autoren gehen in ihrem Beitrag der Frage nach, welche Interessen und Kalküle hinter der Übertragung von Migrationskontrolle an Dritte stehen, welche politischen Kosten daraus erwachsen und welche Mechanismen zur Anwendung kommen, um dennoch die Kontrolle über die Migrationspolitik zu behalten. Theoretisch greifen sie auf Prinzipal-Agent-Ansätze zurück, die ursprünglich aus einer ökonomischen Perspektive akteurstheoretisch das Verhalten von Wirtschaftssubjekten erklären, vertragliche Beziehungen in den Mittelpunkt der Analyse rücken sowie Anreiz und Kontrolle als Mechanismen identifizieren, um Agenten zu den gewünschten Beiträgen zu motivieren. Inzwischen kommen theoretische Überlegungen der Agenturtheorie – wie im Beitrag ausführlich diskutiert – auch in der Politikwissenschaft, z. B. bei der Analyse der Übertragung politischer Entscheidungen, zur Anwendung und haben nunmehr auch Eingang in die Soziologie gefunden. Im Kern geht es also um die Delegation von Aufgaben eines Prinzipals an einen Agenten. Das Verhältnis von Prinzipal und Agent wird soziologisch als Interaktion thematisiert, wobei sowohl der Prinzipal als auch die Agenten ihre Präferenzen im Laufe der Kooperation verändern können und die Gefahr des „shirking“ und des Kontrollverlustes besteht. Vor diesem theoretischen Hintergrund entwickeln die Autoren ein analytisches Raster und identifizieren vier Typen der Externalisierung von Migrationskontrolle (innerstaatliche Delegation, zwischenstaatliche Delegation, supranationale Delegation und Delegation an private Akteure). Diese werden entlang der entwickelten Analysedimensionen detailliert beschrieben und vor dem gewählten theoretischen Hintergrund interpretiert. Sichtbar wird u. a., dass die herausgearbeiteten Typen unterschiedlichen Funktionslogiken folgen, die Kontrollmöglichkeiten variieren und damit einen Kontrollverlust („agency loss“) der Nationalstaaten über Migrationsbewegungen heraufbeschwören können. Für den aktuellen Diskurs besonders interessant ist die Analyse des Typs der „supranationalen Delegation“, welcher das Schengen-Grenzregime behandelt, denn als Prinzipal treten hier, obgleich die nationalstaatliche Souveränität in puncto Migration nicht in Frage gestellt wird, die sogenannten Kernstaaten auf. Staaten, die an den Außengrenzen der EU liegen, übernehmen in deren Auftrag als Agenten die Grenzkontrolle, um „unerwünschte Migranten“ aufzuhalten. Dies impliziert eine weitgehende Aufgabe der Kontrollmöglichkeiten durch die Nationalstaaten. Stattdessen wird auf die politische Kontrolle durch eine europäische rechtliche Regulierung gesetzt, um die Kern- und Randstaaten auf gemeinsame Prinzipien zu verpflichten. Diese Verrechtlichung im Rahmen der EU und die Kontrolle der Durchsetzung der rechtlichen Regelungen durch EU-Institutionen wiederum unterlaufen – so die These – die Souveränität der einzelnen europäischen Staaten. Als aktuelles Beispiel für diesen Mechanismus und die dahinterliegende Funktionslogik kann die Ankündigung zur Einrichtung von „Hotspots“ zur Regulierung der Flüchtlingsströme in Italien und Griechenland, also an den Außengrenzen der EU, genannt werden, auch wenn damit das Problem der Umverteilung innerhalb der EU keines-

wegs gelöst ist. In diesem Beitrag finden wir also eine interessante Erklärung für den gegenwärtig in Europa geführten politischen und öffentlichen Diskurs um die Einschränkung von Zuwanderung, die Zuständigkeiten für den Schutz der EU-Außengrenzen und die gleichwohl wieder aufkommenden nationalstaatlichen Alleingänge, wenn die Arbeitsteilung bei der Kontrolle und Verteilung der Migrationsströme auf EU-Ebene versagt.

Die Reproduktion sozialer Ungleichheit im deutschen Bildungssystem und die soziale Selektivität bei der Wahl des Studienfaches sind ein bekanntes Phänomen und durch die Bildungsforschung vielfach belegt. Jürgen Gerhards und Boróka Németh dokumentieren in ihrem Beitrag die Persistenz des empirischen Befundes, dass Kinder aus Akademikerhaushalten häufiger den Zugang zur Universität finden, der sich aus der unterschiedlichen Ausstattung verschiedener Schichten mit ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital erklärt. Die Autoren belegen das am Beispiel des Zuganges zum Medizinstudium. Das meritokratische Prinzip scheint in diesem Fach noch weitgehend zu gelten, da in Deutschland die Abiturnote entscheidend für den Zugang zum Medizinstudium ist und ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital sich nicht einfach in bessere Abiturnoten transformieren lassen. Gleichzeitig beeinflussen die soziale Herkunft und der Beruf der Eltern weiterhin die Wahl des Studienfaches Medizin, da diese prestigeträchtige berufliche Positionen erwarten lässt. Die Europäisierungs- und Globalisierungsprozesse haben nun aber auch neue Möglichkeiten eröffnet, sich einen Zugang zu einem Medizinstudium auch mit einer schlechteren Abiturnote zu verschaffen – wenn man denn dafür bezahlen kann. Insbesondere die Ausgestaltung eines einheitlichen europäischen Hochschulraumes und die Anerkennung von europäischen Bildungsabschlüssen, welche durch entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen abgesichert ist, erlauben es, auch mit ausländischen Bildungsabschlüssen in Deutschland entsprechende Positionen zu erreichen. So bietet eine Reihe von osteuropäischen Universitäten Medizin als Studiengang an, wobei hier die Abiturnote nicht das entscheidende Zugangskriterium darstellt, aber durchaus beträchtliche Studiengebühren erhoben werden. Die These der Autoren ist daher, dass ökonomisches Kapital bei einem Studium im Ausland leichter in ein gewünschtes Bildungszertifikat umgesetzt werden kann. Auf der Basis einer Online-Umfrage bei Studierenden an ungarischen privaten Universitäten und von Daten einer HIS-Studie vergleichen die Autoren die Motive und die soziale Zusammensetzung der deutschen Studierenden an deutschen und ungarischen Universitäten. Ihr besonderes Augenmerk gilt der sozialen Herkunft der Studierenden, einschließlich der Berufe der Eltern. Sie kommen zum interessanten Fazit, dass der Zugang zu Studienplätzen in bestimmten Studienrichtungen käuflich geworden ist. Die Europäisierungsprozesse haben die Möglichkeiten zur Reproduktion sozialer Ungleichheit verändert, und davon profitieren vor allem die oberen Klassen.

Einen wirtschaftssoziologischen Blick auf Aktienrückkäufe durch Unternehmen wirft Raphael H. Heiberger. Ihn interessiert, wie institutionelle Regeln, die in der wirtschaftssoziologischen Forschung neben Kultur und Netzwerken als zentrale Dimensionen der Preisbildung thematisiert werden, Aktienrückkäufe befördern. Gegenstand seiner empirischen Analyse sind Aktienrückkaufprogramme, die seit 1998 auch in Deutschland mit der Änderung des Aktiengesetzes wieder möglich geworden sind. Institutionelle Regeln werden mit Neil Fligstein als „Konkretisierung

übergeordneter Sozialstrukturen, (formale wie informale) Handlungsanweisungen, verbindliche Gesetze und Regeln“ einerseits sowie informelle Regeln andererseits begriffen, an denen sich Entscheidungsträger von Unternehmen wechselseitig orientieren. Informelle Regeln werden vor allem als der „Glaube der Akteure“ (Manager und Investoren), dass Aktienrückkäufe effizient sind, verstanden. Im „Spiel“ auf Märkten – so die Argumentation – wirken diese informellen Regeln so, dass Marktakteure im Sinn der „illusio“ des Feldes an derartige dominante Deutungsmuster glauben. Da Aktienrückkäufe auf Finanzmärkten stattfinden, gilt es aber auch, die Besonderheiten der Finanzmärkte und das Spiel um „Erwartungserwartungen“ zu berücksichtigen. Auf der Seite der formellen Regeln erlaubt die Änderung des Aktiengesetzes auch in Deutschland wieder den Rückkauf von Aktien, was das Auflegen von Aktienrückkaufprogrammen (statt einer Auszahlung von Dividenden) zur Folge hatte, um den Unternehmenswert zu steigern. Der Glaube von Investoren am Finanzmarkt an die kurssteigernde Wirkung von Aktienrückkaufprogrammen, so die These, hat also auch starke Wirkungen auf die Preise. Für die USA, in denen es keine institutionellen Beschränkungen gab, sind diese Wirkungen offensichtlich gut belegt, wie der Autor nachweist. Aber gilt das auch für Deutschland? Mit der Methode der „Event Studies“ untersucht der Autor die Effekte von Aktienrückkäufen in Deutschland anhand eines Datensatzes von 730 Meldungen von Unternehmen zum Aktienrückkauf. Untersucht wird die Preisreaktion, die erzielte „abnormale Rendite“, im Verhältnis zu allgemeinen Kursverläufen. Dabei werden die Renditen zu verschiedenen Zeitpunkten über einen Zeitraum von insgesamt 14 Jahren (1998–2012) berechnet, also es wird nicht nur der Tag des Ereignisses berücksichtigt, sondern es werden auch die längerfristigen Wirkungen von Aktienrückkaufprogrammen in die Berechnungen einbezogen. Der Autor stellt diese Entwicklungen zudem in den Kontext des Marktumfeldes und berücksichtigt Konjunkturen und Krisen am Markt. Im Ergebnis dieser sehr detailreichen und hier in Kürze kaum zu referierenden Studie kann konstatiert werden, dass Aktienrückkaufprogramme auch in Deutschland eine etablierte Strategie der Kurssteigerung geworden sind. Allerdings werden die „Erwartungserwartungen“ der Akteure am Finanzmarkt nicht immer erfüllt, und Unternehmen erzielen längerfristig keine bessere Performance. Ein soziologischer Blick auf Finanzmarktmechanismen zeigt an diesem Beispiel wieder einmal, dass rein ökonomische Erklärungen für das Geschehen an Finanzmärkten unzureichend sind. Der Beitrag ist zudem auch aus einer methodischen Perspektive interessant, insofern er sich kritisch mit Annahmen der ökonomischen Theorie und verschiedenen Studien zu diesem Thema auseinandersetzt.

Nun folgt ein Perspektivenwechsel: Nach Beiträgen zu aktuellen Fragestellungen führt uns der Beitrag von Oliver Neun zurück in die Geschichte der Soziologie. Sein Artikel eröffnet einen neuen Blickwinkel auf die Rezeption Max Webers in den Jahren nach 1945 in den USA und in Deutschland. Gleichwohl stellt auch hier der Autor einen aktuellen Bezug her, insofern er seine wissenschaftshistorische Studie in den Kontext des Diskurses um eine „public sociology“ rückt. Neun setzt sich mit dem 1946 in den USA erschienenen Reader von Hans H. Gerth und C. Wright Mills *From Max Weber* sowie weiteren Veröffentlichungen von Gerth zu seiner Weber-Rezeption auseinander. Er argumentiert, dass Gerth frühzeitig eine andere Interpretation von Max Weber hatte, die von der dominanten Lesart Talcott Parsons' abweicht, jedoch

vor allem in Deutschland kaum rezipiert wurde. Er zeigt, dass Mills späteres Werk *The sociological imagination*, aber auch Michael Burawoys Verständnis von „public sociology“ von Gerths Weber-Auslegungen beeinflusst wurden. Zunächst skizziert Neun Parsons' strukturfunktionalistische Interpretation des Werkes von Max Weber, um davon ausgehend darzustellen, in welchen Punkten sich Gerths eigene Interpretation von dieser Lesart unterscheidet. Webers Schriften und sein Schaffen werden in Abgrenzung zu Parsons als eine durchaus „öffentliche Soziologie“ und Weber als „political man“ gedeutet. Der Beitrag zeigt soziologiegeschichtlich auf, wie und in welchem Kontext die spezifische Interpretation von Gerth entstanden ist und wie sein Lebensverlauf und die Wahrnehmung seines wissenschaftlichen Schaffens miteinander verwoben sind. Dass Gerth in Deutschland nur in den 1950er-Jahren marginal rezipiert und dann – trotz seiner Rückkehr nach Deutschland – vergessen wurde, erklärt Neun zum einen aus der Entwicklung der Kritischen Theorie und der vorübergehenden „marxistischen Hegemonie“ im Zuge der 1968er-Bewegung, die Weber wenig Bedeutung beigemessen haben. Dabei sieht Neun durchaus Anknüpfungspunkte zwischen der Max-Weber-Interpretation von Gerth und der Kritischen Theorie. Zum anderen verweist er auf Gerths Lebensgeschichte als Emigrant, der nach seiner Rückkehr nach Deutschland keinen Platz und keine Anerkennung in der deutschen Soziologie finden konnte. Gerths „beschädigtes Leben“, wie er es selbst bezeichnet hat, erklärt ohne Zweifel, warum er in der deutschen Soziologie bis heute kaum bekannt ist. Seine Interpretation von Weber wird von Neun als historisches Anschlussstück für die Entwicklung einer Soziologie interpretiert, die Bildungs- und Orientierungswissen bietet und sich im Sinne einer „public sociology“ auch gesellschaftlich einmischt, also weiterhin aktuell ist.

Weite historische Bezüge stellt auch der Beitrag von Georg Fitzi her. „Ist Italien eine ‚verspätete Nation‘?“, fragt er und bezieht sich dabei auf Shmuel N. Eisenstadts These von der Mannigfaltigkeit der westeuropäischen Moderne, auf ein idealtypisches Verständnis von Moderne und auf Plessners klassische Studie zu Deutschland als verspätete Nation aus dem Jahre 1935. Ein zentrales Argument des Autors ist, dass im europäischen Modernisierungsprozess nicht von synchronen Entwicklungen ausgegangen werden kann, sondern ein „Bausteinmodell“ zur Anwendung gebracht werden muss, welches auch berücksichtigt, dass sich Politik, Wirtschaft und Kultur ungleichzeitig entwickeln können. Genau ein solches Modell lässt sich aus der Relektüre von Plessners Studie gewinnen. In „verspäteten Nationen“ – so Plessners These – werden traditionelle gesellschaftliche Strukturen reproduziert. An diese Überlegungen knüpft Fitzi an und argumentiert, dass Plessners Ansatz nicht direkt auf die Gegenwart übertragen werden kann, sondern zunächst eine Rekonstruktion seiner soziologischen Grundannahmen erforderlich ist, um die Situation im heutigen Italien angemessen einschätzen zu können. Dies leistet der Autor, indem er einerseits Plessners Studie rekonstruiert und andererseits aus ihrem Entstehungszusammenhang herauslöst, um eine Operationalisierung der Analyseebenen zu ermöglichen, die der italienischen Gegenwart angemessen ist. Damit gelingt es ihm, einen analytischen Rahmen aufzuspannen, der die Phänomene in Politik, Staat, Wirtschaft, Religion, Kultur sowie die Rolle der Intellektuellen soziologisch in den Blick nimmt. Im Sinne dieses „Bausteinmodells“ lassen sich die empirischen Befunde zur Entwicklung und

aktuellen Krise in Italien neu ordnen und besser verstehen. Damit vermag es der Autor, den heuristischen Wert des von ihm vorgelegten Analyserasters aufzuzeigen.

Zwei Nekrologe schließen den Band ab, die die Lebensverläufe der leider verstorbenen bekannten und geschätzten Kollegen Christian Sigrist und Bernd Hamm in den Kontext der disziplinengeschichtlichen und politischen Entwicklung in Deutschland einordnen, deren Leistungen in Erinnerung rufen und würdigen. Christian Sigrist (1935–2015) und seine Auseinandersetzung mit staatlicher Herrschaft stehen für die Suche nach alternativen Formen politischer Organisation und damit auch für das kritische Potenzial der Soziologie. Bernd Hamm (1945–2015) hat sich als Stadt- und Siedlungssoziologe mit einem starken Praxisbezug ausgewiesen und später Fragen der sozialen und ökologischen Folgen von Globalisierung zugewandt.